

Am Freitag wird vor dem Landtag in Potsdam gegen Kürzungspläne demonstriert Musikschulen fürchten um Bestand

Seit Jahren ist der Kampf zwischen Musikschulen und dem Land Brandenburg ein eingespieltes Ritual. Es geht ums Geld – das Land hat immer weniger davon, die Musikschulen mit ihren steigenden Anmeldungen brauchen immer mehr. Am Freitag wird es deshalb eine Demonstration des Verbands der Musik- und Kunstschulen (VDMK) vor dem Landtag in Potsdam geben.

Mittwoch, 25.06.2014 20:00 Uhr

[Nächster Artikel](#)

Quelle: MAZ



Blankenfelde. Der Verband hat eine Volksinitiative für eine bessere Förderung von Musik- und Kunstschulen gestartet. Wolfgang Locher und Margit Voigt von der Blankenfelder Musikschule Regenbogen werden zusammen mit Schülern und Lehrern unter den Protestierenden sein. Laut Schulleiter Locher geht es um nichts geringeres als den Fortbestand des Unterrichtsangebots in seiner bisherigen Form für seine 1100 Schüler. Das im Februar verabschiedete Musikschulgesetz von Bildungsministerin Sabine Kunst (parteilos) bedeute weniger Geld und mehr Bürokratie. Als staatlich anerkannte Musikschule bekam Regenbogen jedes Jahr 30.000 Euro vom Land. Zusammen mit zwei anderen Musikschulen aus dem Land teilte man sich 90.000 Euro für Projektförderung. Mit der Gesetzesnovelle von diesem Jahr

haben die Kunstschulen erstmals einen Anspruch auf die Förderung. Statt durch drei müssen die 90.000 Euro künftig durch elf geteilt werden.

Die Forderungen der Volksinitiative

Bis zum 17. Juli will die Volksinitiative „Musische Bildung jetzt“ 20.000 Unterschriften für eine Überarbeitung des im Februar beschlossenen Musikschulgesetzes sammeln.

Die Initiative fordert, dass sich das Land wieder mit einem Anteil von 15 Prozent an den Gesamtausgaben der Musikschulen beteiligt. Für die Entwicklung der Kunstschulen soll das Land 400.000 Euro bereitstellen.

Das Land soll außerdem 2,8 Millionen Euro für Programme an Grund- und Förderschulen, Kindergärten und Behinderteneinrichtungen dazugeben.

39.000 Kunst- und Musikschüler gibt es in Brandenburg.

Margit Voigt, die stellvertretende Schulleiterin, hat bereits dutzende Formulare ausgefüllt – viel mehr als bisher. „Wie viel Geld wir bekommen, wissen wir nicht“, sagt sie. Das Loch im Etat macht die Planungen schwieriger. Am meisten ärgert sie sich darüber, dass die bisherige Förderung von Unterrichtsstunden in eine Pro-Kopf-pro-Stunde-Förderung umgewandelt wurde. „Einzelunterricht wird immer schwieriger“, sagt Schulleiter Wolfgang Locher. Auch Ensemblearbeit und die Talentförderung könnten auf der Strecke bleiben. Wahrscheinlich müsse man die Gebühren erhöhen, fürchtet Margit Voigt.

„Das trifft vor allem Kinder aus sozial schwächeren Familien“, sagt sie und warnt vor einer Eliteschule. Auch eine Festanstellung von Lehrern, die bislang auf Honorarbasis arbeiten, rücke in weite Ferne.

Vertreter der Kreismusikschule Teltow-Fläming werden sich ebenfalls an den Protesten beteiligen. Karsten Dornquast, Leiter des Amtes für Bildung und Kultur im Kreis beklagt vor allem den höheren Verwaltungsaufwand. „Uns wäre geholfen, wenn das Land, wie nach der Wiedervereinigung beschlossen, ein Drittel zur Finanzierung der Musikschulen beiträgt“, sagt Dornquast. In Teltow-Fläming gibt das Land 105.000 Euro für die Musikschule, der Kreis 700.000 Euro. 436.000 Euro kommen aus Elternbeiträgen.

Im Wissenschaftsministerium hält man die Aufregung für überzogen. Das Land gebe jährlich fast vier Millionen Euro für musikalische Bildungsmaßnahmen. Ministeriumssprecher Hans-Georg Moek räumt jedoch ein, dass man Anreize schaffen will, den Gruppenunterricht auszubauen, damit sich die Musikschulen wirtschaftlich verhalten.

Treffpunkt: Die Demonstration beginnt am Freitag 11.30 Uhr vor dem Landtag in Potsdam.

Von Christian Zielke